

## **FRAGESTUNDE**

Beginn: 12.30 Uhr  
Ende: 13.37 Uhr

### **1) Wohnungen für Pendler**

GR.<sup>in</sup> **Schartel** stellt an StR.<sup>in</sup> **Kahr** folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> **Schartel**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! In der Zeitung „Meine Woche Graz“ ließen Sie mit dem Vorschlag aufhorchen, Wohnungen für Pendler zur Verfügung zu stellen. Finanziert soll das Ganze werden von der Wirtschaftskammer, Gewerkschaftsbund, Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung sowie von Stadt und Land. Einerseits sollte ein solcher Fonds selbst Wohnungen erwerben können beziehungsweise bauen oder den betroffenen Pendlern durch finanzielle Unterstützung am Grazer Wohnungsmarkt Hilfestellung leisten.

Dies alles klingt grundsätzlich verlockend und könnte auch eine unterstützende Lösung für den Kampf gegen den Feinstaub sein. Allerdings ist damit auch ein erheblicher Verwaltungsaufwand verbunden, der in ein konkretes rechtliches Regelwerk eingebunden sein muss.

Ich stelle daher an Sie die

### **Frage:**

Aus welchen Mitteln soll der hierbei entstehende Verwaltungsaufwand finanziert werden beziehungsweise welche rechtlichen Schritte sind Ihrerseits angedacht, um

einen solchen Fonds zu installieren, zu verwalten und vor allem zu gewährleisten, dass kein rechtlicher Missbrauch betrieben wird (*Applaus FPÖ*)?

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Gemeinderätin Schartel, liebe Andrea! Wie du richtig sagst, Ressortzuständigkeit, dann wäre diese Frage an mich vollkommen richtig, das ist aber nicht der Fall, also es geht bei dieser Überlegung und bei dieser Idee, die du inhaltlich so genau richtig wiedergegeben hast, wie auch in der Zeitung gestanden hat, um eine Idee. Das hat mit Mitteln vom Wohnungsamt nichts zu tun, das soll auch überhaupt nicht über das Wohnungsamt abgewickelt werden, das ist die Einladung an die Sozialpartner, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, Arbeiterkammer und ÖGB gemeinsam zu überlegen, ob so etwas Sinn macht, nicht mehr und nicht weniger war das gedacht und wir haben hier eine Diskussion angeregt. Wir merken auch an Rückmeldungen, dass es hier einige Dafürs gibt, einige, die von dieser Idee nichts halten, das ist jetzt einmal abzuwägen, es wird auch zu Gesprächen kommen, die haben ja nicht einmal noch stattgefunden mit den Sozialpartnern und dann wird man sehen, ob aus dieser Überlegung etwas wird oder nicht. Aber es ist nicht gedacht, dass im Rahmen meiner Funktion als Wohnungsstadträtin vom Wohnungsamt hier Mittel einfließen sollen. Wichtig ist aber vor allem, nur zu erwähnen, und das ist ja nicht so, dass wir, weil es mir langweilig ist, solche Ideen einbringen, sondern weil ich in den letzten Jahren immer wieder gemerkt habe, dass sehr viele Einpendler eine Arbeit gefunden haben und dann zu uns gekommen sind und rasch eine Wohnung gebraucht hätten. Oft nicht einmal für die Dauer, sondern kurzfristig, damit, wenn sie die hier einmal in Graz eine Hauptwohnsitzmeldung haben, von hier aus den nächsten Schritt für eine dauerhafte Wohnversorgung machen können. Das hat, wie gesagt, noch einmal nichts mit Gemeindewohnungen zu tun, wir haben uns da Überlegungen angeschaut, eine davon gibt es in Wien, das ist dieser Zuwandererfonds, das ist aber in den 70er-

Jahren geschaffen und die haben da ein relativ interessantes Modell, wo man rasch und unbürokratisch Appartements Familien und Personen, die sich in Graz auch ihren Hauptwohnsitz haben möchten, weil sie ihren Arbeitsplatz hier haben, auch ansiedeln möchten. Und in die Richtung gehen diese Gespräche, aber, wie gesagt, Konkretes kann ich dir hier noch nicht sagen (*Applaus KPÖ*).

## **2) Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie für die sogenannte Murgondel**

GR. **Dreieibner** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Dreieibner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Stadträtinnen, Stadtrat, liebe KollegInnen, verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Wir sind jetzt zwei Tage vor einem Parteitag, einem Stadtparteitag einer der hier im Gemeindeparlament sitzenden Fraktionen und dort soll, wie man es in den Medien lesen kann, auch das sogenannte Projekt Murgondel weiter diskutiert und auch in eine Abstimmung geschickt werden, soviel einmal zum Rahmen drumherum. Das Projekt ist ja seit einigen Jahren immer wieder am Tableau, es gibt ja massive Kritik von Vereinen, die sich mit öffentlichem Verkehr befassen und es gibt auch nebenbei den Tatbestand, den ich hier nicht unerwähnt lassen möchte, etwa, dass man zur Zeit Vorlagen kriegen wie die Verschiebung von Planungs- und Umsetzungsmaßnahmen für weitere Verbesserungs- und Ausbaumaßnahmen für die Straßenbahn und solche Dinge mehr. Zusätzlich gab gestern, ich bedanke mich auch bei meiner Kollegin, die das gefunden hat, ist im Evening Standard ein Artikel gewesen, der zur Londoner Themse-Seilbahn, zur Thames-cable-car, Folgendes sagt: „Thames-cable-car faces a black hole in budget“, ich darf das dem Kollegen Gerhard Rüsch gerne zur Ansicht beziehungsweise auch seinen Kolleginnen und Kollegen beim Stadtparteitag das vielleicht auch zur Kenntnis zu bringen, zur Verfügung stellen. Dort geht soviel daraus

hervor, dass trotzdem, obwohl eine große Airline aus dem arabischen Raum pro Quartal 3,6 Millionen britische Pfund sponsert, ein permanenter Abgang da ist zur Themse-Seilbahn bei dieser Cable-Car und dass die Fahrgastzahlen, alles dem Bericht zu entnehmen, dem Artikel zu entnehmen, hinter den Erwartungen zurückbleiben. Der Rest bitte bei Gerhard Rüschi nachfragen, er hat die Kopie. Jetzt meine

## **F r a g e**

an dich, lieber Gerhard: Bist du bereit, die von der Holding Graz GmbH in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie für die sogenannte Murgondel in der nun vorliegenden aktuellsten Variante – also jener Version, auf die sich die Kleine Zeitung etwa am 8. Jänner des Jahres bezogen hat, mit einer Länge von 6,2 Kilometern und einem geschätzten Kostenpunkt von zirka 90 Millionen Euro – der Öffentlichkeit, das heißt, sowohl den Mitgliedern des Gemeinderates als auch der mit Sicherheit interessierten Grazer Bevölkerung in geeigneter Form zur Verfügung zu stellen (*Applaus Grüne*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Herr Gemeinderat, lieber Karl! Wenn ich jetzt nicht deine Frage beantworten müsste, würde ich mich auch ganz gerne mit London beschäftigen. Ich möchte gerne, bevor ich die Frage ganz konkret beantworte, ein paar grundsätzliche Überlegungen dazu anstellen und zwar, die Diskussion über die Gondelbahn geht vor dem Hintergrund der Frage, wieweit in Graz die Erschließung einer weiteren Verkehrsebene für die Bewältigung des Verkehrs in der Stadt und vor allem auch für die Stärkung des öffentlichen Verkehrs eine Alternative bedeutet und es geht auch ganz konkret darum, ob die Mur als neuer Verkehrsweg im Netz des öffentlichen Verkehrs eine Rolle spielen kann oder nicht. Ich möchte das zunächst einmal ganz klar festhalten, solche grundsätzlichen Überlegungen können jederzeit und immer Personen, Parteien und selbstverständlich auch Unternehmen anstellen

und ich möchte mir eigentlich gerne kein anderes Unternehmen in der Stadt wünschen, das sich mit öffentlichem Verkehr beschäftigt, das an solchen Fragen grundsätzlich völlig vorbeigeht. Ich glaube, dass solche Fragen wichtig sind, ich würde sie aus meiner Sicht in die Kategorie strategische Vorüberlegungen einordnen und ich darf das nur nochmals wiederholen, ich glaube, das ist sehr wichtig und ich finde das sehr, sehr gut, wenn sich Parteien damit beschäftigen. Es gibt andere Themen, die da ebenfalls in diese Kategorie zum Teil schon viel konkreter einzuordnen sind, wie etwa die Förderung der E-Mobility, der elektrischen Mobilität usw. Also daraus irgendwas Verfügbares zu machen, kann ich nicht verstehen, sondern ich glaube, das ist die Aufgabe der Parteien. Es gibt, abgesehen davon, ja nicht nur London, sondern es gibt viele andere Städte, die solche Projekte ebenfalls besprochen haben und die solche Projekte auch umgesetzt haben. Ich möchte gerne zur Frage bezüglich der Machbarkeitsstudie Folgendes sagen: Wir haben uns ja hier im Gemeinderat verpflichtet, dass wir uns in operative Überlegungen von unseren Unternehmungen nicht einmischen. Jetzt kann man streiten, ob das eine operative Überlegung ist, jedenfalls gibt es keine strategischen Entscheidungen dazu, die müssen natürlich im Gemeinderat gefällt werden. Ich kenne, genauso wie du, die Angaben, die in den Zeitungen gestanden sind, ich kenne sie selbstverständlich auch von der Holding mit den 90 Millionen und 6,2 Kilometern, eine Machbarkeitsstudie zu diesem Thema kenne ich nicht, ich weiß auch nicht, ob es eine Machbarkeitsstudie gibt oder jedenfalls, ob eine Machbarkeitsstudie schon fertig ist. Aus meiner Sicht ist es jedenfalls selbstverständlich, dass, wenn diese Studie da ist, dass sie hier auch diskutiert wird und dass sie hier insgesamt dann allenfalls eben auch zu strategischen Entscheidungen führt (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner:** Also natürlich sehr interessant, was du ausführst, Gerhard, vor allem, dass du auch nicht weißt als Beteiligungsstadtrat, was es da an Studien und ob

es eine Machbarkeitsstudie gibt. Jedenfalls ist es den Medien gegenüber scheinbar so kommuniziert worden, dass es eine Machbarkeitsstudie gäbe. Strategische Vorüberlegungen hin und her und weitere Verkehrsebenen, ja, bin ich ganz bei dir, nachdenken kann man über alles, aber wie gesagt, nachdenken und diskutieren, aber nicht Geld in etwas hineinpumpen, was sehr kritisch gesehen wird und was vor allem leider auch nicht öffentlich diskutierbar ist, weil die Grundlagen nicht zur Verfügung gestellt werden, scheinbar auch dir nicht. Und das führt mich zu meiner Folgefrage. Wie hoch ungefähr sind die bisher angefallenen Kosten für diese Studierstellungen, Vorprüfungserstellungen, Machbarkeitsstudie oder Ähnliches beziehungsweise wie hoch schätzt du die Kosten für den dafür notwendigen Personaleinsatz im gesamten Haus in Graz ein, der bisher dafür angefallen ist? Eine grobe Schätzung würde helfen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Karl, du hast entweder nicht zugehört oder du hast mich nicht verstanden. Wenn es eine derartige Studie gäbe, dann wüsste ich es und ich hätte auch die Ergebnisse. Damit ist, glaube ich, auch diese Frage klar beantwortet.

### **3) Lawful Interception**

GR. **Pacanda** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Mario! Es klingt viel komplizierter, als es ist, Lawful Interception, es geht eigentlich hier nur um Telekommunikationsüberwachung, das heißt, Telefonüberwachung und im speziellen Fall jetzt die Thematik der Kameraüberwachung. Hat im ORF einerseits und in den Zeitungen ja gehört, dass

Graz massenüberwacht wird, große Firmen wie Apple und Google veröffentlichen in jedem Quartal eine Übersicht über "Lawful Interception"-Anfragen. Das heißt, welche Unternehmen angefragt haben, auf welcher rechtlichen Basis und welche Anfragen dementsprechend abgelehnt oder angenommen worden sind. Aus unserer Sicht ist gerade die Holding Graz mit ihren über 100 Millionen Fahrgästen in Graz ein großes Unternehmen, das natürlich auch bewusstseinsbildend da hier tätig werden könnte, um auch die Menschen einfach darauf aufmerksam zu machen, dass man mit diesen sensiblen Daten, der Überwachungsdaten, dementsprechend vorsichtig umgeht.

Daher folgende

### **F r a g e**

an dich: In wie vielen Fällen haben welche Stellen bei der Holding Graz und beim Haus Graz auf welcher rechtlichen Basis Einsicht in die Videoaufzeichnungen verlangt und welche Einsichtnahmen wurden gewährt beziehungsweise verweigert?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ja, Herr Gemeinderat, lieber Philip! Folgende Information dazu. Die Holding Graz Linien erhielten am 29. April 2013 die Genehmigung für die Videoüberwachung von der Datenschutzkommission und ab 15. Mai 2013 wurden diese Anlagen in Betrieb genommen. Vom 15. Mai 2013 bis 31. Dezember 2013 wurden von den Sicherheitsbehörden insgesamt 12 Anforderungen der Videoauswertungen mittels Formular an die Holding Graz geschickt, die rechtliche Grundlage der Übermittlung von personenbezogenen Bilddaten der Videoüberwachung ist folgende: Bei all diesen Delikten handelt es sich um oft sogenannte Offizialdelikte des Österreichischen Strafgesetzbuches sowie um ein Delikt des § 1 des Notzeichengesetzes, ich habe auch nicht gewusst, was das ist, ich

erkläre es kurz. Es ist, wenn jemand zum Beispiel ungerechtfertigterweise die Feuerwehr oder die Polizei oder so etwas ruft, welche von Amtswegen also dann zu verfolgen war. Daher gab es natürlich auch keine Verweigerung, diese Daten herauszugeben, es waren primär laut Strafgesetzbuch Körperverletzung, schwere Nötigung, Sachbeschädigung, Diebstahl, Raub und eben einmal Notzeichengesetz, das dafür ausschlaggebend war und der Erfolg war davon gekrönt, dass also dieses Datenmaterial zur Auflösung dieser Kriminalfälle beigetragen hat (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pacanda**: Es gibt so viel Fragen zu dem Thema, aber es gibt auf jeden Fall eine Zusatzfrage. Mich würde eines interessieren, wenn man sich das DSK-Register genauer anschaut, sind in Graz diverse Unternehmen gemeldet. Also zum Beispiel Theaterservice GmbH, Opernhaus, Schauspielhaus, Holding Graz Bim, Bus. Geht jetzt natürlich ein bisschen über deinen Bereich hinaus, aber natürlich im Haus Graz mit der Überwachung und, sage ich einmal, als Sicherheitsstadtrat sicher dein Themenbereich, wäre meine Frage. Ob du überzeugt bist, dass alle Unternehmen im Haus Graz alle Kameras wirklich bei der DSK gemeldet haben.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ich gestehe dir, dass ich das jetzt nicht beantworten kann, aber wenn du das möchtest, werden wir das natürlich erfragen. Das war nicht in der Fragestellung angeführt, deswegen habe ich auf das auch noch keine Antwort technischer Natur, aber werde ich dir gerne zukommen lassen die Antwort (*Applaus FPÖ*).



Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Ich möchte an dieser Stelle noch etwas nachholen, was ich zu Beginn der Sitzung vergessen habe aufgrund des ungewöhnlichen Sitzungsbeginns. Ich darf alle Interessierten auf der Zuschauergalerie ganz herzlich willkommen heißen und darf sagen, dass ich mich sehr freue, dass wir heute auch wieder einen Gebärdendolmetsch hier im Haus haben. Dankeschön und herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).

*Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 12.55 Uhr den Vorsitz.*

#### **4) Sperrmüllablagerungen auf den Gehsteigen rund um das Projekt „BAN“**

GR. **Rajakovics** stellt an Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck** folgende Frage:

GR. **Rajakovics**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Es geht um die Sperrmüllablagerungen, die sich nach wie vor immer wieder rund um das Projekt BAN befinden. Seit Jahren beschweren sich die AnrainerInnen der Idlhofgasse beziehungsweise der Ungergasse, dass am Wochenende der Sperrmüll auf den Gehsteigen rund um die „BAN“ liegt.

Trotz häufiger Beteuerungen seitens der „BAN“, die ich auch selbst immer wieder angerufen habe, dass der Sperrmüll auch am Wochenende entfernt würde, hat sich an der Situation leider nichts geändert und auch am vergangenen Wochenende, also eigentlich am vorvergangenen Wochenende, war der südliche Gehsteig der Ungergasse unmittelbar vor der „BAN“ am Sonntag für Kinderwagen nicht passierbar.

Ich habe da extra ein Foto gemacht, damit man sieht, wie so etwas aussieht dann. Also da kann gerade noch jemand sich vorbeidrängen.

Im Namen der Grazer Volkspartei darf ich daher nachfragen: Was werden Sie als Auftraggeberin für das Projekt „BAN“ unternehmen, damit diese Situation für die Bewohnerinnen und Bewohner endlich gelöst wird (*Applaus ÖVP*)?

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat Rajakovics, das ist heute wirklich eine interessante Demonstration. Ihre Frage, die Sie an mich richten, nämlich wie Sie offensichtlich mit Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern umgehen. Dass es bei der BAN, rund um die BAN immer wieder Sperrmüllablagerungen gibt, ist unbestritten und das verärgert natürlich viele Bürgerinnen und Bürger, viele Anrainerinnen und Anrainer, da ist es halt auch einfach zu sagen, ja, ja, da ist die Vizebürgermeisterin Schröck zuständig, da stelle ich einmal eine Anfrage im Gemeinderat. Ich frage mich nur, das nächste Mal, wenn zum Beispiel in der Union-Halle gefeiert wird und dann einige Bierflaschen vor dem Eingang zu Bruch gehen, wird dann eine Frage an den Kurt Hohensinner gestellt, weil der ja Sportstadtrat ist oder wenn bei irgendeinem Gewerbebetrieb ein Öl ausläuft, ist dann der Wirtschaftsstadtrat Rüschi zuständig? Was ist, wenn vor der Oper jemand ausrutscht, weil es eisig ist, ist das dann Sache des Beteiligungsreferenten oder ist es die Zuständigkeit der Kulturstadträtin? Es ist richtig, dass dort Sperrmüll abgelagert wird und dass das ärgerlich ist, das ist auch richtig, dass das illegal ist und dass das verboten ist und dass dagegen auch etwas unternommen werden muss. Und, Herr Gemeinderat Rajakovics, zum Abschluss noch ein kleines Rätsel für Sie. Wo finden wir folgenden Satz? „Wir zeichnen dafür verantwortlich, dass die Menschen in den Straßen, auf den Gehsteigen, Plätzen, Brücken, an den Uferböschungen und in den

öffentlichen Parks und Grünanlagen ungehindert sicher und in sauberem und ansprechendem Ambiente vorankommen.“ Wo ist das zu finden (*Applaus SPÖ*)?

GR. **Rajakovics:** Zur Geschäftsordnung würde ich schon sagen, dass man an und für sich auf eine Frage eine Antwort erwarten darf. Jetzt zur Antwort auf Ihre Frage. Das wäre das, was wir uns wünschen würden, was in Graz stattfinden soll, nur das Haus, in dem das stattfindet, erst vor kurzem habe ich die Diskussion gehabt, wie schaut es aus mit den Gehsteigen, weil es gibt viele Varianten dazu. Theoretisch auch eine Variante, dass man es einkassiert von allen und dann auch gemeinsam wieder räumt, so wie es bei den Straßen passiert. Indem Fall geht es um ein Projekt, das vom Sozialamt initiiert ist, dessen Auftraggeber und Finanz hier das Sozialamt ist und wo die Stadt Graz durchaus auch Menschen hinschickt, sowohl um diverse Dinge von Gewand bis Möbel abzugeben und wo repariert wird in einem sozialökonomischen Betrieb, dessen Wichtigkeit eh unbestritten ist. Nur eines, denke ich mir, wäre halt Aufgabe der zuständigen Stadträtin: Wenn die Union einen Auftrag hat und mit Kindern Sport betreiben soll und die mit den Kindern saufen gehen, dann würde ich dem Herrn Kurt Hohensinner die Frage stellen, ob das der Auftrag war, den er der Union gegeben hat. Wenn Sie als Sozialstadträtin die Auftraggeberin sind für den sozialökonomischen Betrieb und dieses Geld aus dem Sozialamt kommt und auch Klienten vom Sozialamt dort hingeschickt werden, dann denke ich mir, wäre es die Aufgabe, dass Sie auch schauen, dass es am Wochenende dort zu einer Entlastung für die Anrainer kommt, indem man schaut, ob man da für das Wochenende einen Dienst machen kann...

***Zwischenruf: Frage.***

GR. **Rajakovics**: Ich habe ja keine Antwort bekommen, also muss ich die Frage neu formulieren. Sie hat keine Antwort gegeben, ich habe keine Frage gestellt jetzt. Daher würde ich Sie schon bitten, dass Sie so etwas ernst nehmen, weil in Ihrem Zuständigkeitsbereich ist dieser sozialökonomische Betrieb und weil es in Ihrer Möglichkeit liegt, für den Wochenenddienst zu sorgen und ich würde sehr ersuchen, im Sinne auch des Bezirkes Gries, dessen sozialdemokratische Fraktion im Bezirksrat das auch unterstützt, dass da eine Lösung herbeigeführt wird. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Herr Kollege Rajakovics, Sie sitzen wirklich schon lange in diesem Haus. Ich wundere mich wirklich über Ihre Frage, ich darf das Rätsel einmal auflösen, das steht auf der Homepage der Holding Graz, und die Holding Graz darf ich nicht beauftragen, das ist der Auftrag vom Herrn Beteiligungsreferenten Rüschi. Also ich frage mich, wie Sie dazu kommen, dass ich Auftraggeber bin, um einen Gehsteig zu reinigen, ich gebe eine Subvention, eine jährliche Subvention an die BAN in der Höhe von 6.000 Euro. Die BAN hat einen Jahresumsatz von rund 1,7 Millionen Euro, also mit 6.000 Euro bin ich Subventionsgeberin, aber keine Auftraggeberin und ich finde Ihre Frage, die ist wirklich am Ziel vorbei und daher dürfen Sie da auch keine Verantwortungsübernahme oder Antwort von mir erwarten. Sie ist schlichtweg an die falsche Person gestellt worden (*Applaus SPÖ*).

***Bürgermeisterstellvertreter Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 13.05 Uhr den Vorsitz.***

## 5) Eintrittspreise in öffentlichen Bäder der Stadt Graz

GR. **Krotzer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Krotzer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie! Wir verlassen das parteipolitische Hickhack wieder und widmen uns den Fragen der öffentlichen Bäder in der Stadt Graz. Auch wenn das heutige Wetter nicht unbedingt zum Baden einlädt, steht dennoch irgendwann der Sommer wieder bevor und da haben wir die Situation, dass in den vergangenen Jahren die Eintrittspreise in den Grazer Bädern kontinuierlich gestiegen sind. Zum Vergleich, wir haben im Jahr 2008 bereits Eintrittspreise für das Tagesticket von 5.70 Euro gehabt, 2013 ist es bei 6.00 Euro gelegen. Der Vergleich mit anderen Städten zeigt, dass die Bädertarife in Graz weit über dem Durchschnitt liegen. Also ich habe mir hier die Zahlen aus anderen Städten rausgesucht, es ist in Linz bei 4.00 Euro, in Salzburg bei 4.40 Euro, Klagenfurt 4.10 Euro und auch Wien 5.00 Euro. In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und stagnierender Einkommen bei großen Teilen der Bevölkerung ist das eine mehr als unzufriedenstellende Situation. Insbesondere für die Grazerinnen und Grazer mit geringem Einkommen, für die ermäßigte Bäderpreise ein sinnvoller Beitrag zu Gesundheit und sportlichem Ausgleich wären, gerade im Hinblick darauf, dass diese Personengruppe kaum die Möglichkeit hat, einen Sommerurlaub auswärts zu konsumieren.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

**Frage:**

Inwiefern werden Sie mit der Holding Graz Gespräche aufnehmen, um in Zukunft günstigere Eintrittspreise für die Bevölkerung in den öffentlichen Bädern der Stadt zu gewährleisten (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zunächst einmal möchte ich gerne klarstellen, wie sich die Preiserhöhungen bei den Bädern im Laufe der letzten Jahre entwickelt haben. Ich sehe das nämlich nicht so, wie Sie es gesagt haben. Zunächst einmal wurden nach 2003 im Jahr 2006 erstmals wieder angepasst und dann sind die Bädertarife bis zum Jahr 2011 innerhalb von fünf Jahren nicht mehr gestiegen. Im Jahr 2011 sind die Preise um durchschnittlich 1,76 % angehoben worden, war unter der Inflationsrate, und im Jahr 2012 um durchschnittlich 1,2 %. Übrigens, die von Ihnen angegebenen Werte von 5.70 auf 6.00 Euro ist nach überschlägiger schneller Berechnung auch eine Preisanpassung von unter 1,5 %. Also ich gehe davon aus oder ich möchte damit festhalten, dass die Freizeitbäder ihre Tarife im Laufe der letzten Jahre sehr, sehr mäßig angehoben haben, wenngleich, das ist unbestritten, jede Preiserhöhung, die paar, die dorthin gehen, trifft und je geringer das Einkommen ist, umso mehr werden sie davon betroffen sein, das ist unbestritten. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang eben nicht nur auf die sehr mäßigen Preisanstiege hinweisen, sondern auf das, was wir für die Bäder tun in der Stadt.

Zunächst einmal ist vielleicht nicht ganz bekannt, dass wir in Graz von allen Großstädten das größte Bäderangebot, wenn man das berechnet mit der Anzahl der Bäder pro Einwohner, haben und wir haben auch im Laufe der letzten Jahre immer wieder versucht, diese Bäder zu verbessern. Bad zur Sonne wurde ausgebaut, die Auster wurde ausgebaut, wir haben erst letztes Jahr im Herbst beschlossen, das Ragnitzbad, das in privaten Händen war, zu übernehmen und um drei Millionen Euro insgesamt auszubauen, sodass es auch wieder eine entsprechende Attraktivität ist. Das heißt, die Holding mit Mitteln der Stadt macht sehr viel, ich darf vielleicht nur

erwähnen, dass die Stadt, also aus dem Budget der Stadt pro Jahr zirka 1,7 Millionen Euro an die Freizeitbetriebe fließen, das ist im Wesentlichen zur Unterstützung der Bäder. Ebenso werden Investitionen getätigt, die die Stadt jedes Jahr mit 200.000 Euro unterstützt. Das heißt, wir tun sehr viel für die Bäder und wenn wir weiter sehr viel tun wollen und auch die Qualität aufrecht erhalten wollen, dann kann es gar nicht ohne maßvolle Preiserhöhungen gehen. Es ist vereinbart und vorgesehen, dass die Preise heuer wiederum unter der Inflationsrate angehoben werden, weit unter der Inflationsrate, solange die Freizeitbetriebe diese Bedingungen einhält, die ich ihnen genannt habe und auch für diese Qualitätssteigerung sorgt, bin ich jederzeit gerne bereit, mit den Freizeitbetrieben zu einem Gespräch zu kommen, aber ich werde ihnen sicherlich keine Vorgabe machen, auf Preiserhöhung in diesem maßvollen Ausmaß zu verzichten (*Applaus ÖVP*).

GR. **Krotzer**: Vielen Dank für die Beantwortung. Also meine Zusatzfrage ist jetzt noch, weil Sie eben auch angesprochen haben, dass 2014 mit einer Erhöhung zu rechnen sein wird, in welcher Höhe die sein wird.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Die Details werden noch ausgearbeitet, aber nochmals der Hinweis, insgesamt unter der Inflationsrate, die im Jahr 2013 bei 1,7 %, glaube ich, in dieser Größenordnung gelegen ist. Also im Gesamtausmaß unter der Inflationsrate.

## **6) Anspruch Gemeindewohnung nach Aufenthalt im Frauenhaus**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer** stellt an StR.<sup>in</sup> **Kahr** folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Frauen, die meist mit Kindern Schutz und Aufenthalt in einem Frauenhaus suchen, haben ein sehr schweres Schicksal hinter sich, haben sich das meistens sehr lange überlegt und stehen in einer ausgesprochenen Notsituation, wenn sie Schutz im Frauenhaus suchen. Grundsätzlich dürfen Frauen dann sechs Monate lang in einem Frauenhaus Unterkunft finden, ein Frauenhaus ist nicht dazu da, dass es sozusagen eine Dauerwohnversorgung ist, sondern nur für eine akute Notsituation gedacht, danach haben sie zwar die Möglichkeit einer Verlängerung, aber, wie gesagt, ist es natürlich immer nur eine vorübergehende und eher kurzfristige Lösung. Wenn diese Frauen jetzt danach allerdings keine günstige Wohnung finden und meistens sind sie nicht nur von Gewalt betroffen, sondern auch finanziell in dieser schwierigen persönlichen Situation nicht gerade gut gestellt, dann müssen sie im schlimmsten Fall wieder zurück in ihre Gewaltbeziehung zurückkehren. Und insofern wäre es natürlich sehr wünschenswert, wenn diese Frauen eine günstige Wohnmöglichkeit finden würden, idealerweise wären dazu natürlich auch die Gemeindewohnungen in Graz da in prekär schwierigen Situationen auch eine Wohnversorgung zu gewährleisten und dennoch, und das wissen wir vom Frauenhaus in Graz, ist es noch nie gelungen und es hat uns alle, die wir das das erste Mal gehört haben, auch im Ausschuss sehr erstaunt, ist es noch nie gelungen, dass eine Frau mit ihren Kindern oder auch nur eine Frau direkt innerhalb dieser sechs Monate, also in der regulären Zeit des Aufenthaltes, direkt daran im Anschluss eine Gemeindewohnung bekommen konnte. Unsere Vizebürgermeisterin hat jetzt ein neues Konzept, das Housing First ins Leben gerufen, wo es einer Anzahl von Frauen auch ermöglicht werden soll, ein sozialpädagogisch begleitete Wohnmöglichkeit zu finden, aber natürlich geht der Bedarf weit darüber hinaus und es wäre auch Sinn, dass Gemeindewohnungen für diese Frauen zur Verfügung stehen. Ich komme daher zu meiner Frage.



Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

### **Frage:**

Warum ist es in den vergangenen Jahren trotz dieser nachweislich schwierigen Situation der betroffenen Frauen kein einziges Mal möglich gewesen, dass eine Frau direkt nach diesen höchstens sechs Monaten Aufenthalt im Frauenhaus in eine Gemeindewohnung ziehen konnte (*Applaus SPÖ*)?

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Alexandra, danke für deine Anfrage, weil sie natürlich auch, wenn das so diskutiert oder so informiert wird, auch ganz wichtig ist, dass man das richtigstellt, weil das ist eigentlich, wie ich diese Frage gelesen habe, da war ich wirklich sehr erstaunt, weil ich aus dem Kopf heraus weiß, und Wohnungszuweisungsakte gehen auch über meinen Tisch, weiß, dass es Wohnungszuweisungen aus dem Frauenhaus sehr wohl gegeben hat. Selbstverständlich habe ich, auch wenn das sehr kurzfristig ist, immer von der Frage bis hin zum Donnerstag, es sind ja nur zwei Tage und am Dienstag, wie du vielleicht weißt, im Wohnungsamt Hochbetrieb ist, da haben wir einen Parteienverkehr von 100/150 Leuten, ich trotzdem und auch ein Kollege schwer erkrankt ist, trotzdem eine Kollegin gebeten habe, bitte nachzusehen, wer aus dem Frauenhaus, welche Frauen aus dem Frauenhaus wohnversorgt worden sind und die Frau Kriegl war so freundlich und hat sich die Arbeit angetan, wirklich Monat für Monat durchzuschauen. Und es ist eben alleine im letzten Jahr nicht so, weil ich habe sie nur gebeten einmal das Jahr 2013, wenn es dich interessiert, können wir natürlich auch später noch die Jahre 2012, 2011 usw. uns anzuschauen, allein im letzten Jahr sind zwei Frauen, einmal alleine, einmal mit Kindern nach dem Ansuchen im

Wohnungsamt, das ist natürlich immer wichtig, wir müssen ein Ansuchen aus dem Frauenhaus im Wohnungsamt vorliegen haben, und in einem Fall war das Ansuchen am 14. August 2013 und die Frau ist am 26. September, also nicht einmal nach eineinhalb Monaten wohnversorgt worden. Im zweiten Fall war das Ansuchen im Wohnungsamt eingelangt am 18. Oktober 2013 und die Wohnungszuweisung für sie und ihre Kinder ist am 5.12., also auch nicht einmal zwei Monate, wohnversorgt worden. Hinzu kommt, und das ist ganz wichtig, ich weiß das, dass immer wieder von Betreuerinnen vom Frauenhaus, ich bin ja auch in Kontakt mit den Damen dort, ich immer wieder ihnen sage, bitte, auch wenn die betreffende Frau oder Familie nicht eine Gemeindewohnung wollen, weil das gibt es auch, sie sofort ansuchen sollen, egal wie sie sich entscheiden. Wichtig ist, dass sie rechtzeitig ansuchen, dass das Ansuchen auch im Wohnungsamt da ist. Wenn sie psychisch dann in der Lage sind, weil das ist auch ein ganz wichtiger Faktor, weil das wissen wir aus Erfahrung und das kriege ich auch immer rückgemeldet vom Wohnungsamt, dass sie eigentlich eine Frau oder Familie wohnversorgen möchten, die aber sagt, bitte jetzt noch nicht, ich möchte noch länger im Frauenhaus bleiben, weil ich psychisch noch nicht in der Lage bin oder mich noch nicht soweit wohlfühle, dass ich selbständig wohnen möchte. Aber es ist nicht richtig, dass die Frauen aus dem Frauenwohnhaus nicht vom Wohnungsamt wohnversorgt werden in der Mindestwartezeit für Notfälle und wichtig ist für sie auch, und das möchte ich hier auch nutzen die Gelegenheit zu informieren, dass allein letztes Jahr 2013 21 Personen, also Frauen, Männer oder Familien, in Notunterkünften, weil wir haben ja nicht nur das Frauenhaus, es gibt das Haus Elisabeth, es gibt das Vinzi-Nest, es gibt das Frauenwohnheim, das Männerwohnheim, die Arche, und alleine aus diesen Einrichtungen haben wir im letzten Jahr, obwohl wir eine Wohnungsknappheit haben bei den Gemeindewohnungen, 71 Notfälle wohnversorgt (*Applaus KPÖ*) und selbstverständlich können wir... das ist erfreulich auf der einen Seite, aber es ist eh traurig genug für jeden, der in einer Notunterkunft sein muss, aber wir können keine Notunterkunft bevorzugen gegenüber einer anderen, wir müssen alle gleich

behandeln, weil dasselbe sagen ja auch die anderen Notunterkunftseinrichtungen, dass unsere Leute schneller drankommen, aber wenn man rechtzeitig, ansucht ist es auch immer möglich (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer**: Also deine Information über die zwei Frauen verwundert mich, weil man das... wir können gerne dann später noch einmal... vielleicht ist es auch nicht innerhalb der sechs Monate gewesen, sondern innerhalb der Verlängerungszeit, dass das Ansuchen passiert ist.

*Zwischenruf StR.<sup>in</sup> Kahr: Nein.*

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer**: Ok, und meine Zusatzfrage oder Nachfrage wäre jetzt noch. Es sollen jetzt die Kriterien in einem umfangreichen Prozess auch überarbeitet werden. Gedenkst du, dass du für Frauen in Notsituationen aus dem Frauenhaus oder in anderen Situationen da Extrapunkte auch zu vergeben oder Ähnliches?

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Die Richtlinien, die der Gemeinderat beschlossen hat und vom Herrn Prof. Gasser-Steiner erarbeitet worden sind, sind bewusst eben nicht von irgendeinem Mandatar, sondern von jemandem, der Professionist ist, erstellt worden. Das System ist äußerst komplex und man erkennt, und das ist kein Vorwurf, bitte ja nicht falsch zu verstehen, dass alleine, wie du mich fragst, eben nur nicht weißt, Leute in

Notunterkünften brauchen keine Punkte, die sind Notfälle und haben eigentlich sofort wohnversorgt zu werden. Das heißt, wenn jemand ansucht aus einer Notunterkunft, ist er sofort notzuversorgen deshalb, weil wir zuwenig Gemeindewohnungen haben und das ist das eigentliche Problem, das können wir aber auch über eine Richtliniendebatte nicht lösen, dass wir mehr Gemeindewohnungen brauchen, weil je mehr Gemeindewohnungen wir haben, desto mehr können wir Frauen, Männer und Familien aus Notunterkünften wohnversorgen (*Applaus KPÖ*).

## 7) „Baum-Sanierungen“ und Parkpflegewerk

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch, lieber Gerhard! Ich möchte mich zuerst bedanken, dass du die Beantwortung dieser Frage für den Herrn Bürgermeister übernimmst. Es geht um das Grazer Parkpflegewerk Stadtpark, das am 2. Juli 2013 der Öffentlichkeit präsentiert wurde, unter anderem auch dem Naturschutzbeirat der Stadt Graz, und damals hat der Herr Bürgermeister angekündigt, in den nächsten Monaten prioritäre Maßnahmen zu definieren und im Spätherst 2013 ein diesbezügliches Stück in den Gemeinderat einzubringen. Das ist leider bis dato nicht erfolgt.

Es hat damals jedenfalls großer Konsens darüber geherrscht, dass bei Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen, gerade was den sehr schönen Baumbestand im Grazer Stadtpark betrifft, sehr sensibel vorgegangen werden muss. Ich möchte da auch zitieren aus dem Protokoll des Naturschutzbeirates, da steht: „Es gilt jedoch, so viel wie notwendig und so wenig wie möglich.“ Das heißt nichts anderes, dass einfach bei

Gefahr in Verzug Maßnahmen gesetzt werden müssen, aber sonst natürlich vor Beschluss des Parkpflegewerks keine Maßnahmen gesetzt werden können.

Es hat in der Folge im Herbst zwei öffentliche Begehungen gegeben, ein weiterer Termin musste auf Frühjahr 2014 verschoben werden und auf die Diskussion auf politischer Ebene mit den Grazer Gemeinderatsfraktionen warten wir bis heute.

Jetzt war es aber so, wie wir alle wissen, dass es ja zu einem Umsturz eines Baumes gekommen ist und darüber auch medial berichtet wurde und da hat der Leiter der Abteilung für Grünraum und Gewässer, Herr Dipl.-Ing. Wiener, gesagt: Wir müssen nun klären, ob wir nicht die lange geplante Baumsanierung von der Maria-Theresia-Allee nach Norden hin vorziehen. Mir hat das gut gefallen, dass er gesagt hat Maria-Theresia-Allee, das heißt nämlich nichts anderes, als die Jahn-Allee, die ja schon sehr stark in den Medien war wegen der Fällungen im Jahr 2008, glaube ich.

Das bedeutet, dass offensichtlich eine „Baum-Sanierung“, unter Anführungszeichen, der Jahn-Allee trotz fehlender Beschlussfassung des Parkpflegewerks durch den Grazer Gemeinderat vorgezogen werden könnte.

Daher stelle ich an dich in Vertretung vom Herrn Bürgermeister folgende

### **Frage:**

Bist du bereit, vor ausführlicher Diskussion und Beschluss des Parkpflegewerks auf - nicht durch „Gefahr im Verzug“ notwendige - Baumfällungen zu verzichten (*Applaus Grüne*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr verehrte Gemeinderätin, liebe Andrea! Ich darf dir in Abstimmung mit dem Büro vom Bürgermeister und mit dem Abteilungsleiter von der Grünraumabteilung folgende Antwort geben und zwar zu dem Parkpflegewerk: Wie

schon erwähnt, wurde das Parkpflegewerk am 2. Juli 2013 den Mitgliedern des Naturschutzbeirates und VertreterInnen von NGOs präsentiert, es wurde danach auf Graz Online gestellt und es haben auch im Oktober und November mit interessierten BürgerInnen im Rahmen des Stadtparkdialogs Begehungen mit Experten stattgefunden und es kam auch dabei zu einem Dialog und zu einem Informationsaustausch. Die weitere Vorgangsweise soll nun wie folgt sein: Es soll im ersten Halbjahr 2014 der sogenannte Rahmenplan Stadtpark eingebracht werden, und zwar ist das ein Informationsbericht über das Parkpflegewerk und zwar über die Maßnahmen, die im Parkpflegewerk empfohlen werden und über die Kosten, aber noch ohne budgetwirksame Aufwandsgenehmigung. Nachfolgend soll dann mittels Projektgenehmigung diese Aufwandsgenehmigung gemäß Rahmenplan erfolgen. Das soll insgesamt, wie gesagt, im ersten Halbjahr 2014 passieren. Ich habe sowohl im Büro als auch bei der Abteilung dann explizit nachgefragt, ob es auch gedacht ist, dass vor diesen Gemeinderatsbeschlüssen diese erforderliche Sanierung, vor allem in der Jahn-Allee, die du angesprochen hast, stattfinden soll und da kam ein klares Nein. Also soll zunächst dieses Parkpflegewerk hier diskutiert werden. Unabhängig davon, das hast du ja auch erwähnt, sieht eben Fällungen, die bei Gefahr im Verzug vorgenommen werden müssen, die sind von dieser Vorgangsweise selbstverständlich nicht erfasst. Die restlichen, also planmäßige Sanierung, wobei es da eben auch dann zu Schlägerungen kommt, nach Befassung des Parkpflegewerkes im Gemeinderat (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Es gibt keine Zusatzfrage, weil ich sehr überrascht bin über diese klare Antwort bezüglich der Jahn-Allee und dass es jetzt kein grünes Licht gibt für eine Gesamtfällung und daher gibt es keine Zusatzfrage und vielen Dank.

## 8) Umweltverschmutzung

GR. **Haberler** stellt an StR.<sup>in</sup> **Rücker** folgende Frage:

GR. **Haberler**: Geschätzte Zuhörer auf der Galerie, lieber Gemeinderat, sehr geehrte Frau Stadträtin! Da immer mehr Menschen auch in den Randbezirken kein Auto mehr besitzen, wird die Sperrmüllentsorgung für sie zu einem nicht zu unterschätzenden Problem. Anderen wiederum ist der Weg einfach zu weit, weshalb nicht mehr benötigte Dinge, die beim Entrümpeln gefunden werden, bestenfalls einfach bei den Müllsammelstellen abgestellt werden oder gar im Wald landen. Damit findet man Graz an viel zu vielen Orten Unrat herumliegen.

Ich richte daher an Sie, Frau Stadträtin, die

### **Frage:**

Wie gedenken Sie diese Verschmutzung in den Griff zu bekommen (*Applaus ÖVP*)?

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Die Frage beantworte ich gerne. Auch wenn wir sie hier im Gemeinderat schon vielfach bearbeitet haben, weil mit zunehmender Bewegung in der Stadt, zunehmenden Menschen in der Stadt das Thema leider nicht kleiner wird. Vorausschicken möchte ich, dass in dieser ganzen Debatte wichtig ist, und auf das möchte ich nochmal hinweisen, es sind sehr viele Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Grazer Holding, aber auch im Umweltamt, ständig mit dem Thema befasst und es wird sehr viel gemacht und es gibt immer noch einen Anteil an Eigenverantwortung von Bürgern und Bürgerinnen, die wir bei bester Abwicklung und bester Ausstattung trotzdem nicht übernehmen können. Prinzipiell

ist es so, dass wir mit 1.200 öffentlichen Abfallsammelstellen in der Stadt im Vergleich, wir haben das Benchmarking betrieben, zu anderen Städten wesentlich höher ausgestattet sind, also es gibt sehr viele relativ nahe gelegene Möglichkeiten, die klassischen Abfallsorten zu entsorgen. Mit dem Recyclingcenter in der Sturzgasse gibt es eine gebührenfreie Abgabemöglichkeit für Glas, Metall, Leichtverpackungen, Papier, Elektroaltgeräte und Problemstoffe und eine gebührenpflichtige für Sperrmüll, Bauschutt, Altholz, Grünschnitt. Wir unterstützen zum Beispiel auch soziale Organisationen, die wiederum bei ihrer Klientel Entrümpelungen vornehmen, mit regelmäßigen Subventionen. Für Menschen, die kein Auto besitzen, fährt der Giftmüllexpress sechsmal im Jahr 65 Standorte an. Insgesamt sind das 360 Termine im Jahr und sammelt nicht nur sämtliche Problemstoffe und Altspisefette und -öle, sondern auch Elektrokleingeräte bis zu einer Kantenlänge von 50 cm. Im Umweltamt gibt es immer wieder Schwerpunktmaßnahmen, wo wir direkt mit Wohnsiedlungen arbeiten, wo das Thema Mülltrennung, Abfalltrennung, Aktionstage für Sperrmüll, aber neuerdings auch für Wayouts vor Ort stattfinden, Wayouts heißt, dass den Menschen ermöglicht wird zu unterscheiden, ob es Müll ist, den sie entsorgen oder Dinge, die wieder- und weiterverwendbar wären und damit auch direkt so abgeben können, dass die dann auch in sozialökonomischen Betrieben wieder für den Verkauf aufbereitet werden können. Die Holding Graz gibt darüber hinaus immer wieder das Angebot und es wird auch in Anspruch genommen für Wohnsiedlungen, Sperrmüllsammelungen, kostenpflichtig natürlich, aber doch gesammelt für die ganzen Wohnsiedlungen umzusetzen und wir haben das einmal ausgerechnet, ungefähr mit dem Betrag von einer Million Euro im Jahr ist das Budget nur dadurch belastet, dass wir die speziellen Sammelstellen ganz intensiv betreuen müssen. Diese speziellen Sammelstellen, und ich will da keine PendlerInnendebatte auslösen, liegen aber interessanterweise an den Einfahrtsrouten stadtübergreifenden Verkehrs, was womöglich damit zu tun hat, wir haben das im Abfallwirtschaftsverband schon öfter thematisiert, dass die Öffnungszeiten in den Gemeinden, in Graz-Umgebung, für diese Sammelstellen nicht ideal zusammenpassen mit den Arbeitszeiten und



Pendelzeiten der Menschen. Da kommen wir noch nicht so weiter, aber das dürfte ein Hinweis sein. Darüber hinaus zeigt die Erfahrung auch, dass die Erfahrung im Austausch mit anderen Städten, dass ganz viel Informations- und Aufklärungsarbeit nach wie vor notwendig ist. Die Sperrmüllsammlung, wie sie immer wieder andiskutiert wird, von Haus zu Haus, dass man wirklich durch die Stadt fährt und jedes Haus, das ist einfach derzeit bei den aktuellen Rahmenbedingungen, was die Finanzen anbelangt, nicht darstellbar (*Applaus Grüne*).

**GR. Haberler:** Geschätzte Frau Stadträtin! Ich schätze Ihre Bemühungen und die der Holding sehr und weil Sie jetzt gerade angesprochen haben diese Hausmüllsammlungen. Wären Sie bereit, diese umweltpolitisch sehr zu begrüßenden Bezirksentrümpelungen von Ihrem Amt aus zu organisieren oder es gemeinnützigen Vereinen zu erlauben, Hausmüllsammlungen durchzuführen, um älteren fahrzeuglosen Menschen eine korrekte Entsorgung ihres Mülls zu ermöglichen, weil die Hausmüllsammlungen durch Vereine natürlich jetzt nicht so auf das Budget der Stadt Graz auswirken würden.

**StR.<sup>in</sup> Rücker:** Mir ist jetzt der Hintergrund der Anfrage bewusst. Wir hatten mehrere Versuche gemeinsam mit einem Bezirk, ich nehme an, aus dem kommt auch dieser Wunsch nach dieser Anfrage, hier eine gute Abwicklung zustande zu bringen. Was wir immer tun müssen als Stadt Graz ist, uns an die Abfallgesetzgebung, die abfallwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu halten. Das heißt, private Vereine dürfen nur dann beigezogen werden, wenn sie die Auflagen erfüllen nach dem Gewerberecht auch in bestimmten Abfallsorten diese Sammlung auch durchzuführen, das weiß der Herr Bezirksvorsteher auch sehr genau, wir haben das oft besprochen.

Es gab immer wieder entgegenkommenderweise spezielle Abfalltage oder Müllsammeltage vor Ort in diesem Bezirk, die natürlich auch kostenpflichtig waren, weil da muss man Personal hinstellen, da brauchst du alle Sortiereinrichtungen, du musst abwägen, du musst das ganze Ding abwickeln, das kann man nicht als Kommune in der Ausstattung, wie die Holding halt momentan auch ist, gratis zur Verfügung stellen und ich weiß, dass der Wunsch immer in diese Richtung geht. Aber das muss man dann auch über die Müllgebühren wieder hereinholen und über die Erhöhung von Müllgebühren diskutieren wir ja auch in eine andere Richtung, als dass das jetzt damit unterzubringen wäre. Aber, wie gesagt, Sie können dem Herrn Bezirksvorsteher ausrichten, dass mir klar ist, woher... wo ist er denn der Herr Bezirksvorsteher? Einen von den zwei Bezirken, sehe ich gerade. Wie gesagt, gerne in Kooperation wieder, aber Vereine, privaten Vereinen kann man das nur übergeben, wenn sie wirklich vom Abfallwirtschaftsgesetz auch die Auflagen erfüllen und das weiß der Herr Bezirksvorsteher sehr genau (*Applaus Grüne*).

## 9) Gemeindewohnung – Abtretungserklärung Kautions

GR.<sup>in</sup> **Katholnig** stellt an StR.<sup>in</sup> **Kahr** folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> **Katholnig**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Besucher auf der Tribüne! Nach derzeit geltenden Richtlinien kann man nur um eine Gemeindewohnung ansuchen beziehungsweise eine Vormerkung vornehmen, wenn man davor keinen Kautionsbeitrag erhalten hat. Das heißt, man müsste diesen Kautionsbeitrag vorher zurückzahlen, um ein Ansuchen stellen zu können. Ich denke einmal, wenn man schon in der Notlage ist, dass man sich ein Geld so quasi ausborgen muss, damit man auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung erwerben kann, hat man eine relativ schwache

finanzielle Ausgangslage. Und irgendwo muss ich sagen, wäre sicher eine Möglichkeit da, dass man da irgendwie eine Regelung trifft, dass man eine Abtretungserklärung unterschreibt, das heißt, wenn ich um eine Gemeindeförderung ansetze, dass ich eine Abtretungserklärung unterschreibe, dass das Geld dann vom Vermieter direkt eingefordert werden kann beziehungsweise rücküberwiesen wird.

Und daher stelle ich die

### **Frage,**

ob du, liebe Elke, da eine Möglichkeit siehst (*Applaus SPÖ*).

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Liebe Karin, sehr geehrte Damen und Herren! Danke auch für das Interesse an dem Thema. Ich möchte nur zur Vorgeschichte, weil es ist ja kein Gesetz oder irgendeine Verordnung, dieses Zur-Verfügung-Stellen des Kautionsbeitrages, sondern das ist eine freiwillige Leistung des städtischen Wohnungsamtes und der Stadt Graz für Wohnungssuchende. Die Vorgeschichte ist eigentlich die, dass ich als Gemeinderätin schon und dann wie ich ins Wohnungsamt gekommen bin, immer wieder das Hauptproblem darin gesehen habe, dass die hohen Einstiegskosten für die Menschen, selbst wenn sie sich die laufende Miete leisten können, für sie schwierig ist. Und für mich eigentlich immer ein Ziel war zu schauen, ob die Stadt Graz nicht einen Kautionsfonds schaffen kann, der sich nicht nur aus den Mitteln des Wohnungsamtes speist, sondern generell auch aus dem Sozialressort und vielleicht zusätzlich auch noch Mittel vom Finanzressort dazukommen, um eigentlich einer größeren Gruppe hier behilflich zu sein und vielleicht sogar mit der Hälfte der Kautionskosten, das

war meine ursprüngliche Überlegung. Dieser Antrag hat hier keine Mehrheit gefunden, das muss man dann auch so zur Kenntnis nehmen. Im Zuge meiner Ressortzuständigkeit habe ich mich dann immer wieder um laufende Gespräche bemüht und wir haben auch ein diesbezügliches Stück dann für den Stadtsenat und für die Gespräche mit den Finanzverantwortlichen vorgelegt, der jetzt so ausschaut, wie er ausschaut. Und zwar, dass der Vermieter nach Beendigung des Mietverhältnisses die Kautions direkt an das Wohnungsamt überweisen muss, das steht auch drinnen, innerhalb vier Wochen, ich kann dir das auch genau mitgeben dieses Formular, diese Vereinbarung zwischen Stadt, Vermieter und Mieter. Wenn er ansucht bei uns, der Wohnungssuchende, wird ja die Kautions bis zur Höhe von maximal 500 Euro direkt an den Vermieter überwiesen und er muss es sozusagen, wenn der Mieter vorzeitig auszieht, also das nicht für sich als Dauer auf die Wohnung betrachtet, an die Stadt Graz zurückzahlen. Dass es dazu nicht immer kommen kann, hat natürlich oft andere Ursachen, wie du weißt, weil wenn der die Miete nicht bezahlt, dann kann der Vermieter sich diese Kautions einbehalten beziehungsweise muss man sich dann auch noch anschauen, wenn da gewisse Schäden in der Wohnung sind, das ist dann auch oft ein Rechtsstreit, der ja auch über die Schlichtungsstelle durchaus überprüft werden kann. Aber es war absolut eine Bedingung damals, dass dieses Modell so ausschauen sollte. Wir können stolz sein, dass wir es überhaupt haben, weil es hilft vielen Mieterinnen und Mietern und dafür werden wir auch von anderen Kommunen in der Steiermark und in Österreich durchaus auch immer positiv gelobt, dass wir so etwas überhaupt haben, weil das gibt es sonst nirgends und auch das Sozialamt, das sonst sehr bemüht ist, bei Mietrückständen, Mietvertragsvergebühren zu helfen, leider aber oft bei der Kautions, bei den Einstiegskosten auch nicht helfen kann, sind wir froh und dankbar, dass es das überhaupt gibt. Wenn die Koalition jetzt der Meinung ist, die Mittel zu erhöhen oder uns hier auch behilflich zu sein, dann bin ich natürlich gerne bereit, aber das ist eine Sache, die mein lieber Kollege Stadtrat Rüschi dir eigentlich besser beantworten kann. Ich habe mit einer

direkten Subvention an die betroffenen Wohnungssuchenden auch kein Problem selbstverständlich (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Katholnig**: Es war nicht die Beantwortung auf meine Frage. Ich weiß, im Sozialamt wird das auch, wenn man da eine Zuzahlung zu einer Kautions macht, wird von vornherein eine Abtretungserklärung unterschrieben, das heißt, dass das dann zurückgefordert wird. Natürlich wissen wir, wenn die Wohnung desolat ist und der Vermieter nicht bereit ist, die ganze Kautions zurückzuzahlen, ist auch so, dass das Sozialamt dann wahrscheinlich entweder weniger oder gar nichts zurückbekommt. Aber ich möchte diesen Menschen, die sozial schwach sind, die Möglichkeit geben, um eine Gemeindewohnung anzusuchen, wenn sie auch davor einen Kautionsbeitrag bekommen haben, um das geht es und um sonst gar nichts.

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Jene, die um einen Kautionsbeitrag ansuchen, das sind Familien und Personen, die in der Regel rasch und schnell eine Wohnung brauchen und bei uns die Voraussetzungen erfüllen würden, sie aber sagen, nein, das dauert mir zu lange, könnten sie mir mit einer Kautions behilflich sein. Viele wissen ja oft gar nicht, dass es diesen Kautionsbeitrag gibt, weil die Problemstellung, die kenne ich auch, die sozial Schwächeren, da helfe ich auch privat selber sehr oft, nur so viel zu diesem Thema. Aber das Ziel ist, ihnen damit zu ermöglichen, dass sie dauerhaft gesicherten Wohnraum am privaten Wohnungsmarkt kriegen, das ist die Zielstellung gewesen ursprünglich. Sie können selbstverständlich, wenn sie einen Teil, und noch einmal, das war die Vorgabe für diesen Kautionsbeitrag, wenn sie danach, weil sie einen Einkommenseinbruch haben oder sich die

Lebensumstände geändert haben, um eine Gemeindewohnung ansuchen. Sie müssen aber dann diese Kautions an uns zurückgeben. Wir haben immer wieder auch, also eigentlich sehr, sehr selten, wenn so ein Fall auftritt, dass er ansuchen möchte und er hat dieses Geld nicht, haben wir noch immer einen Weg gefunden, auch hier behilflich zu sein. Aber natürlich nicht vom Wohnungsamt, sondern da ist von Privaten von dritter Seite dann geholfen worden (*Applaus KPÖ*).

### **10) Kulturstandort Postgarage**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Herzliches Grüß Gott, sehr geehrte KollegInnen, hoher Gemeinderat, liebe BesucherInnen auf der Galerie! Wie Sie alle wissen, gibt es einen sehr beliebten Kulturstandort in Graz, das ist die Postgarage, die immer wieder mit einem ganz tollen Programm auf sich aufmerksam macht und auch gut besucht ist und sehr zur Belebung dieses Stadtteiles beiträgt. Jetzt in den letzten Tagen war den Medien zu entnehmen, dass die Rösselmühle geschlossen wird und es ist im Internet aufgetaucht, dass ein Grazer Architekturbüro ein Projekt plant, das sich Flower Towers nennt, und wo es um eine Überbauung des Bereiches der Postgarage geht. Die Aufregung, wie Sie sich vorstellen können, war sehr groß, das Architekturbüro hat auch sehr schnell diese Seiten wieder zurückgezogen, also man findet dort jetzt nichts mehr, auch wenn wir jetzt weiter recherchiert haben. Was wir dazu gefunden haben ist, dass es scheinbar Pläne gibt, mit 14 Stockwerken in diesem Bereich was zu überbauen. Das wäre natürlich von ordentlichen Auswirkungen für die Postgarage, für den Kulturstandort und

deswegen möchte ich an Sie, Herr Stadtrat Rüschi, in Vertretung des Herrn Bürgermeister die

### **F r a g e**

stellen: Wie kann der zuständige Referent für Stadtentwicklung sicherstellen, dass die Zukunft des für Graz unverzichtbaren Kultur- und Veranstaltungszentrums Postgarage durch mögliche private Planungs- und Verwertungsinteressen im Bereich Rösselmühlgasse und Postgarage nicht gefährdet wird (*Applaus Grüne*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Zunächst einmal der grundsätzliche Hinweis, der, denke ich, schon klar ist und auch der Erfahrung entspricht, mit den Instrumenten der Stadtentwicklung lässt sich ein in privaten Händen befindliches Veranstaltungszentrum nicht garantieren. Das ist unmöglich, also insofern kann auch der Bürgermeister in dem Fall als zuständiges Stadtsenatsmitglied diesen Bestand nicht garantieren. Allerdings gehen nach dieser Information, die ich habe, sind die Pläne der Stadt Graz schon im Einklang mit der kulturellen Nutzung der Postgarage und zwar, generell sieht das 4. Stadtentwicklungskonzept die Überführung des Gebietes von Gewerbe- in ein Kerngebiet vor. Dadurch bleibt die raumordnungsrechtliche Basis für künftige Bewilligungen für eine Veranstaltungsstätte erhalten, das ist die erste Geschichte. Zweitens, das Gebiet der Postgarage ist durch mehrere Buslinien sehr gut versorgt, es ist ja auch dort geplant, die Straßenbahnerschließung für den Grazer Südwesten vorbeizuführen, sodass die ÖV-Qualität dadurch auch sehr verbessert werden würde. Der angrenzende Rösselmühlpark, der im Eigentum der GBG steht, wird auch langfristig als Grünanlage erhalten und steht als öffentliche Freifläche auch weiterhin den BesucherInnen des

Veranstaltungszentrums zur Verfügung. Die Stadtplanung ist jedenfalls angehalten, bei allfälligen Planungsüberlegungen im Bereich Rösselmühle die Postgarage in ihrer jetzigen Nutzung und baulichen Ausformung bestmöglich zu berücksichtigen.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Danke für die Beantwortung. Also wenn die Planungen ähnlich weit wie bei dem Ausbau der Südwest-Linie sind, dann sind das ja Planungen von sehr weiter Zukunft. Aber wenn es diese Planungen jetzt auch gibt, sind Sie bereit, die BürgerInnen im Beteiligungsprozess oder wie immer zur Diskussion vorzulegen zeitnah?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nach meinen Informationen, nach den Informationen, die ich da habe, gibt es derzeit keine konkreten Planungsüberlegungen, sondern es steht bei allfälligen Planungsüberlegungen im Bereich der Rösselmühle. Dass es zu berücksichtigen ist, die Anregung, dass dann eine, unter Einbeziehung der Bürger und Bürgerinnen dort die Planung durchgeführt wird, die kann ich gerne weitergeben.

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: So meine Damen und Herren, es ist 13.37 Uhr. Die Fragestunde ist hiermit beendet, die Fragen 11) bis 14) werden auf dem schriftlichen Weg beantwortet. Ich freue mich jetzt, unsere jungen Kolleginnen und Kollegen vom Kinderparlament willkommen zu heißen, herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*). Ich habe gehört, dass unsere jungen Kolleginnen und Kollegen vor allem wegen dem Tagesordnungspunkt 12) da sind, wo es ja um



öffentliche Kinderspielplätze geht und ich darf euch sagen, es wird nicht allzu lange dauern, bis wir zu diesem Tagesordnungspunkt kommen.